Gelegenheit zu gar nicht so vereinzelten Beispielen aus der Praxis. Genosse der Referent, ein Genosse aus Hohenstein, wie Zwickauer und Chemnitzer Genossen berichten für Zwickau einspringt.

Es wurde bekannt, daß der gesamte Unionsapparat durch diese Tätigkeit völlig in Mißkredit gekommen war, überall wo die Union, Richtung Rühle, die Oberhand bekommen hatte. Alle Genossen waren einig darin, daß die KAPD.-Organisationen die Aufgabe haben, gerade in Sachsen den Ruf und überhaupt den Sinn der KAU. wieder zu retten durch eifrige Arbeit und **Ausbau der Partei**. Es ist mitbestimmt zu erwarten, daß diese einmütige Erkenntnis und der Beschluß, in diesem Sinne zu arbeiten, bald seine Früchte tragen und das sächsische Proletariat in größerem Maßstab wieder für den KAPD.-Geist und eine wirklich revolutionäre Betriebsorganisation gewinnen würde. Eine in einigen Wochen einzuberufende Landesversammlung soll über die Tätigkeit des ganzen Wirtschaftsbezirkes in diesem Sinne Rechenschaft geben.

Zur Angelegenheit sprach ein Vertreter der KAJ. Zwickau. Seine Ausführungen über die Aufgabe der Jugend, in diesem schweren Kampf mit besonderem Elan und Unbeirrbarkeit vorzugehen, wurde von der Versammlung als ernstes Versprechen entgegengenommen. Zum Schluß wurde festgesetzt, daß am nächsten Sonnabend, den 22. Oktober, eine abermalige Zusammenkunft in Chemnitz stattfinden soll, um die Aufgabe durchsprechen soll.

So dürfen wir hoffen, daß, wenn alle KAP.-Genossen in Westsachsen dementsprechend handeln, Partei und Union den schweren Schaden, den die Arbeiterschaft dort durch die Parteiverneiner und Einheitler erlitten hat, wieder wett machen werden. Daß der **besondere Kampf** dabei auch gegen die KPD. geführt werden muß, die infolge ihres opportunistischen Verhaltens **die geistige Urheberin** dieser die Partei überhaupt ehrlosenden Standpunktes unter Arbeiterkreise ist, war schon der Anwesenden klar.

## Der Bezirk Südwestdeutschland zur kommunistischen Arbeiterinternationale

Die Mitgliedschaft des Bezirks Südwestdeutschland beschäftigte sich ausführlichst an den Bericht vom Parteitag eingehend mit der Frage der Kommunistischen Arbeiterinternationale. Gen. R. referierte in den einzelnen Gruppen und beleuchtete die Entwicklung der russischen Revolution, ihren im Grunde bürgerlichen Charakter. Die Auswirkung dieser Tatsache auf die dritte Internationale und deren Einstellung in Grundsätze und Taktik im Dienste der sich immer mehr kapitalistisch einstellenden Staatsgewalt Rußlands. Referent zeigte an Hand des Verlaufes des 3. Kongresses, daß der Bruch unvermeidlich war und im Interesse der proletarischen Revolution vollzogen werden mußte und wie nun vor der Frage stehen, was ist angesichts dieser Tatsache zu tun? Die Diskussionsredner stellten sich einmütig auf den Standpunkt, den auch der Parteitag in seiner Mehrheit eingenommen und erklärten, daß unverzüglich mit aller Kraft der Ausbau einer wirklich kommunistischen Internationale durch den organisatorischen Zusammenschluß der linken Gruppen aller Länder vorzunehmen werden muß. Einstimmig stellten sich die Mitgliedschaften zu den Schlußsätzen des Referenten:

Den wahren Charakter der dritten Internationale erkennend, müssen wir im Interesse der proletarischen Weltrevolution allen Unterdrückern und Ausbeutern samt ihren Handlangern zum Trotz zu dem Ausbau der wahrhaft kommunistischen Arbeiterinternationale mit schreiten. Das wird nur durch einen revolutionären Kampf gegen alle Gewalten der Gegenrevolution geschehen können.

Wir brauchen einen Zusammenschluß, beständig eines Steuermanns, der das Schiff der proletarischen Revolution mit sicherer Hand durch alle Stürme und wogenden Brandungen der Weltrevolution hindurchleitet zum sichern Hafen des menschheitsbefreienden Kommunismus.

Es lebe die Kommunistische Arbeiterinternationale!
Es lebe die Weltrevolution!

Cöthen. Hier wurde am 10. Oktober 1921 die KAPD. wieder ins Leben gerufen. Alle Arbeiter, die sich der KPD. anschließen wollen, können sich im Verkehrslokal bei Gelle, Leipziger Straße, melden. Die „Kommunistische Arbeiterzeitung" ist beim Genossen Richard Conrad, Gartenstraße 10, zu holen.

Magdeburg, Bezirk Westfalen. Jeden Freitag, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung im bekannten Lokal. Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist revolutionäre Pflicht.

Die „KAJ." ist jeden Dienstag und Freitag, abends 6 Uhr, im bekannten Verkehrslokal abzuholen.

## Aus der Internationale

### Aus Holland

Die CPH. (Communistische Partei Holland) ist schon längst über alle Kinderkrankheiten hin. Van Ravens, der holländische Levi, ist nicht rausgeworfen worden, obwohl er eine Broschüre veröffentlicht hat, in der die „marxistische" Politik der Firma Wijnkoop, von Ravesteln u. Co. entlarvt wird. Nicht aber hat man die revolutionären Genossen, welche jetzt die KAPH. bilden, gegangen, aus der Partei auszutreten durch besondere Versammlungen mit „zuverlässigen" Parteigenossen und Unterbreitung jener Kritik.

Es ist interessant, jetzt das Organ dieser Firma, die „Tribune", zu lesen. Einer der Schlaumeier (er nennt sich „Beobachter", aber beobachtet nur grosse Dinge) hat entdeckt, daß, wie die Genossen der KAPH. eine überraschende Aktivitätkeit mit den früheren russischen Opposition an den Tag legen, die gleich schnell verschwunden sind, wie sie zum Vorschein gekommen waren. Es wird es auch mit der KAPH. gehen, sagt er, denn sie hat keinen Kontakt mit der Masse und wurzelt nicht im Boden der Realität; man brauche nur die Schriften eines Pannekoek oder Gorter zu lesen, um von der Richtigkeit dieser Ansicht überzeugt zu werden. Zu gleicher Zeit aber fürchtet er, daß seine neugierigen Genossen hierin Bestätigung finden werden, diese Schriften zu lesen und so gibt er dem revolutionären Proletariat ungefähr, daß nicht mit der KAPH. zu bemühen, damit sie, wie die Offensiven, doch einen natürlichen Tod stirbt.

Dagegen lassen seine Kollegen nicht ab, die KAPH. mit Drug und Lügen zu bekämpfen. Das verspricht sich, denn man die sogenannten Kommunisten nicht auf die KAPH. und unsere Prinzipien gehen würden, so würden mir das wohl mit der CPH. bewältigen.

Über übrigens noch meint, in der „Tribüne" noch revolutionäre Propaganda antreffen zu können, der hat sich noch dorin geirrt. Denn hat man die Kneiferbrem auch nicht mehr die Zeit und Gelegenheit, selbem man eine glänzendes Material für Parteipropaganda in der russischen Gegenrevolution gefunden hat. Wie man sie in diesen Zeiten die Unterstützung der Hungernden und deren Verwirklichung denkt, zeigte sich vorige Woche in Gelsenkirchen, wo die CPD.-Denke verhinderten, den Zeitübersaum die Möglichkeit der Produktion abzuschneiden, damit die kommunistischen Frauen davon Kleider für die russischen Kinder herstellen könnten. Unsererseits wurde dies in Gelsenkirchen sicher. Im Gegenteil, sie antworteten der Kapitalistenbrut mit der konsequenten Tat. Der Generalstreik wurde ausgerufen, und längere Zeit war ganz Buenos Aires in den Händen des rebellischen Proletariats. Die auf den Tod erschreckte Polizei floh aus der Stadt, das Geschäft wurde gänzlich eingestellt, und hätten die Arbeiter zur Zeit nur eine tatkräftige politische Organisation gehabt, so wären sie schwer zu besiegen gewesen. So aber wandte sich das Blatt und der Aufstand wurde in einem Blutbade erstickt.

Ein weiteres Beispiel des revolutionären Kampfesmutes der argentinischen Arbeiter liefert ihre Handlungsweise bei dem bekannten Mihanovich-Streik. Die große Mihanovich-Gesellschaft ist eine Firma von Schiffseigentümern, Schiffsbauern und Reparateuren. Vor ungefähr Jahren brach bei ihr ein Streik aus. Als es beinahe zur Besiegung des Streiks gekommen war, weigerte sich die Firma Mihanovich die wenigen von ihr angenommenen Streikbrecher zu entlassen. Aber die Arbeiter blieben ebenso entschlossen, nicht mit Streikbrechern zu arbeiten und setzten den Streik weitere 15 Monate fort. Derartig stark war die Solidarität der Arbeiter, daß während der ganzen Zeit sich nirgends ein Schiff der Firma Mihanovich reparierte und seine Reparaturwerkstätte im Hafen die geringste Arbeit für sie annahm. Die Regierung mußte sich schließlich einmischen, um dem Streik ein Ende zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

## Ausland

### Der Fortschritt der Revolution in Südamerika

1. Argentinien.

In Europa weiß man sehr wenig von der Arbeiterbewegung in Südamerika. Die europäische Arbeiterpresse der politischen Parteien und Gewerkschaften ist zu sehr mit dem Einzugen ihrer eigenen Proletariergingpel beschäftigt, als daß sie sich mit so unzeitgemäßen Artikeln als Berichte über den Klassenkampf in Südamerika abgeben könnte. Andererseits sorgt die bürgerliche Presse genügend dafür, daß die europäischen Arbeiter, wenn sie an Südamerika denken, nur ein lächerliches, häßliches Bild von Jähzornigkeit, Freiheit und gemeinster Gleichgültigkeit vor sich sehen. Die nordamerikanischen Kapitalisten verstehen es gut, die öffentliche Meinung für einen eventuellen Angriff auf die Unabhängigkeit der südlichen Republiken vorzubereiten, falls die Regierungen dieser Republiken sich weigern, den Forderungen der Wall-Street-Spekulanten mit Bezug auf Märkte für Produkte der Vereinigten Staaten Rechnung zu tragen.

Es ist natürlich sicherlich, angenommen, daß die Verhältnisse Latein-Amerikas so sind, wie journalistische Sensationsstücke oder Kinobilder sie den unwissenden Massen vorführen. So ist z. B. gerade Argentinien, das in der bürgerlichen Presse als ein Land „wilder Aufstände" verschrien ist, einer der hoffnungsvollsten Weltgebiete, wo die Vorbedingungen für eine wahre revolutionäre Proletarierrevolution mehr gegeben sind, als in vielen europäischen und nordamerikanischen Gebieten. In Argentinien wird der Ausbeut der Proletarier, wie in Irland, durch die Frage des Nationalismus bedeutend gestört, denn der Gedanke der Befreiung vom „Joche des ausländischen Kapitals" ist das allerwichtigste Problem für das argentinische Volk.

In Argentinien wieder ist der Klassenkampf hoch entwickelt, ganz im Einklang mit den Theorien des Kommunismus. Da die argentinische Republik ein höchst wichtiges Land für die Herstellung von Lebensmitteln ist, hat sie ganz bedeutende ausländische Kapitalien angezogen. Gewaltig große Aktiengesellschaften haben tatsächlich die Ausnutzung des ganzen enormen Gebietes, auf welches sich Viehzucht und Getreidebau erstreckt, in Händen mit dem Resultate, daß die Bauernschaft als Masse zu wirklichen Proletariern geworden ist, da sie, ganz ihrer Wirtschaften entzogen, der Ausbeutung einer geringen Anzahl ausländischer und heimischer Kapitalisten zum Opfer fallen.

Die Stadtarbeiter sind gewöhnlich Einwanderer von Italien und Spanien oder die Söhne solcher Einwanderer. Bis vor Jahren war die Einwanderung nach Argentinien frei und unbehindert und befanden sich unter den Einwanderern viele politische Flüchtlinge revolutionärer Gesinnung. Manche waren Anarchisten, welche sich durch eingehendes Studium des Kapitalismus zu Kommunisten entwickelten und jetzt noch der russischen Revolution und den Arbeitern der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Politik als Triebfeder der Weltrevolution zu dem Standpunkt der KAP. und KAU. gekommen sind, obgleich es noch vieler Aufklärung und Propaganda bedürfen wird, eine dementsprechende größere Organisation zu gründen.

In einem Lande, das von einer konservativen Tradition, wie Argentinien, wie etwas heißt, nur die Entwicklung kapitalistischer und Arbeiterorganisationen eine sehr schnelle. Vielleicht gerade zum Nutzen des Proletariats machten die Intrigen des ausländischen Kapitals zwecks Erlangung von Konzessionen und die damit verbundene Bestechung des Geschäftsgeistes der Politik derartig eintreibt, daß die eingeborenen Kapitalisten und Landbesitzer nur sehr langsam ihre politische Gesinnung ändern und ihre Interessen mitbestimmen. Es ist halb-serfähnlichen Politiker und alle anderen, welche sich als Demokraten aufspielten, konnten sie nicht aufkommen. Während dieser Zeit sorgten die anarchistischen Elemente für Organisation nach wirtschaftlicher Richtung hin.

Der Widerwille gegen die Berufspolitiker verursachte die Bildung einer neuen Partei, vorzüglich aus jüngeren politischen Partei. Die Kaffeehauspolitiker Arbeiter, welche sich ihr zu Anfang anschlossen, erkannten jedoch bald ihr konterrevolutionäres Wesen. Ihre kleinbürgerlichen Führer waren nur auf die Stimmen der Mittelklasse bedacht und übten beständig Verrat an dem kampfwilligen Proletariat. Durch diese traurigen, aber unbringenden Umstände wurde der größte Teil der Arbeiterschaft dem Parlamentarismus entfremdet. Da aber die meisten damals der Unterschied zwischen parlamentarischer und politischer Handlung noch nicht verstanden, sagten sie sich überhaupt von jeder politischen Organisation ab, so daß die Anzahl der politisch organisierten, aus den Reihen der revolutionär eingestellten Proletarier eine sehr geringe ist. Eine gesunde und vom Grunde auf revolutionär aufgebaute, wirtschaftliche Organisation wird sie aber allmählich zu der Einsicht zurückbringen, daß zwecks Erlangung der Weltrevolution revolutionäre, politische Aktion notwendig ist.

Heute gibt es in Argentinien drei wirtschaftliche Organisationen, die der Form nach industriellisch eingestellt sind, sich aber ausschließlich in anarchistische Richtlinien verwandelt haben. Die eine Organisation, „La Federacion Obrera Regional de la Argentina (Unione), ist ausgesprochen revolutionär, die andere, „La Federacion Obrera Regional de la Argentina (Decima)", reformistisch eingestellt, doch soll jetzt infolge des Verlangens seitens der Mitglieder der letzteren neuen Organisation nach einer mehr revolutionären Richtung hin ein Zusammenschluß beider auf der Grundlage der ersteren stattfinden. Beide Organisationen hatten Vertreter auf dem roten Gewerkschaftskongreß in Moskau, doch nach den Berichten der Delegierten zu urteilen, werden sie sich nicht an der roten Gewerkschaftsinternationale beteiligen, weil sie entschieden gegen die betrügerische Politik sich, daß die Organisationen, welche dieser Gewerkschaftsinternationale angeschlossen sind, mit den Gelbenverbänden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zusammenarbeiten.

Einige Beispiele mögen zeigen, daß das argentinische Proletariat rebellisch und fortgesetzt revolutionär veranlagt ist. Gegen Ende des Krieges fand eine Manifestation in Buenos Aires statt, wovon die Ursache war der großen Lebensmittelnot, welche sich befanden sich unter den Einwanderern viele politische Flüchtlinge revolutionärer Gesinnung. Manche waren Anarchisten, welche sich durch eingehendes Studium des Kapitalismus zu Kommunisten entwickelten und jetzt noch der russischen Revolution und den Arbeitern der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Politik als Triebfeder der Weltrevolution zu dem Standpunkt der KAP. und KAU. gekommen sind, obgleich es noch vieler Aufklärung und Propaganda bedürfen wird, eine dementsprechende größere Organisation zu gründen.

In einem Lande, das von einer konservativen Tradition, wie Argentinien, wie etwas heißt, nur die Entwicklung kapitalistischer und Arbeiterorganisationen eine sehr schnelle. Vielleicht gerade zum Nutzen des Proletariats machten die Intrigen des ausländischen Kapitals zwecks Erlangung von Konzessionen und die damit verbundene Bestechung des Geschäftsgeistes der Politik derartig eintreibt, daß die eingeborenen Kapitalisten und Landbesitzer nur sehr langsam ihre politische Gesinnung und ihre Interessen mitbestimmen. Es ist halb-serfähnlichen Politiker und alle anderen, welche sich als Demokraten aufspielten, konnten sie nicht aufkommen. Während dieser Zeit sorgten die anarchistischen Elemente für Organisation nach wirtschaftlicher Richtung hin.

Der Widerwille gegen die Berufspolitiker verursachte die Bildung einer neuen Partei, vorzüglich aus jüngeren politischen Partei. Die Kaffeehauspolitiker Arbeiter, welche sich ihr zu Anfang anschlossen, erkannten jedoch bald ihr konterrevolutionäres Wesen. Ihre kleinbürgerlichen Führer waren nur auf die Stimmen der Mittelklasse bedacht und übten beständig Verrat an dem kampfwilligen Proletariat. Durch diese traurigen, aber unbringenden Umstände wurde der größte Teil der Arbeiterschaft dem Parlamentarismus entfremdet. Da aber die meisten damals der Unterschied zwischen parlamentarischer und politischer Handlung noch nicht verstanden, sagten sie sich überhaupt von jeder politischen Organisation ab, so daß die Anzahl der politisch organisierten, aus den Reihen der revolutionär eingestellten Proletarier eine sehr geringe ist. Eine gesunde und vom Grunde auf revolutionär aufgebaute, wirtschaftliche Organisation wird sie aber allmählich zu der Einsicht zurückbringen, daß zwecks Erlangung der Weltrevolution revolutionäre, politische Aktion notwendig ist.

Heute gibt es in Argentinien drei wirtschaftliche Organisationen, die der Form nach industriellisch eingestellt sind, sich aber ausschließlich in anarchistische Richtlinien verwandelt haben. Die eine Organisation, „La Federacion Obrera Regional de la Argentina (Unione), ist ausgesprochen revolutionär, die andere, „La Federacion Obrera Regional de la Argentina (Decima)", reformistisch eingestellt, doch soll jetzt infolge des Verlangens seitens der Mitglieder der letzteren neuen Organisation nach einer mehr revolutionären Richtlinie

schaft bringt viel zu langsam etwas ein und viel zu wenig im Vergleich zu andern Geschäften. Das Resultat ist: die Arbeitermassen bekommen immer weniger zu essen, anzuziehen, ihre Wohnungsnot wird immer größer. Die Produktionskräfte sind zu ungeheuer angewachsen; würde auf der ganzen Erde mit den heutigen Produktionskräften voll produziert, so würde die Konkurrenz der großen Kapitalsmächte untereinander bem Kapitalismus im ganzen die ganze Profitrate wegfressen.

Also das geht natürlich nicht. Das Kapital muß also, international betrachtet, die Produktion einschränken. Um so mehr, als es durch den Krieg nicht an eine Verringerung, sondern an eine gewaltige Steigerung der Profitrate gewöhnt ist. Und wenn jetzt in Deutschland z. T. auf Deibel komm raus produziert wird, so deshalb, um die Produktion in andern Ländern einzuschränken, um die Arbeiter und die nicht in deutschen Anlagen nicht versicherten Kapitalisten Amerikas, Englands usw. zu zwingen, sich an Produktionseinschränkung zu gewöhnen.

Die Folgerungen aus dieser Situation, die die Taktik der Partei bestimmen, sollen im folgenden Artikel gezogen werden.

## Die Züchtungsgesetze der Gewerkschaften, die erste Etappe auf dem Weg zum „Staats"-Kapitalismus

I.

Die Entwicklung der kapitalistischen Machtorganisationen führt von der Form des Staates als einer nationalen und rein politischen Organisation fort. Er wird immer mehr zum bloßen Polizeiorgan, mit der Wahrnehmung der ausschließlichen kapitalistischen Interessen betraut. Seine vielseitigen Funktionen aber sind damit in ihrer Existenz nicht aufgehoben; als Grundfunktionen der Gesellschaft bleiben sie, nur in veränderter Form, lebendig. Es müssen neue Träger für sie geschaffen oder bestehende Institutionen zu solchen entwickelt werden. In diesem Prozeß nun haben die gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats eine Rolle erhalten (oder übernommen?), die schließlich entscheidend für den Verlauf der Entwicklung ist, entscheidend insofern, als es von der Haltung der Gewerkschaften in der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise — die die kapitalistisch-bürgerliche ist — abhängt, ob der Kapitalismus dieser Prozeß der Umformung und damit Festigung seiner — infolge der ökonomischen Zerrüttung — gefährdeten Machtposition gelingt oder nicht. Diese Haltung der Gewerkschaften als Organisationen aber ist abhängig von ihrer inneren Struktur, deren gestaltendes Element wiederum die Geistesverfassung der einzelnen Arbeiter in den Gewerkschaften ist. Da nun der heutige (in Umwandlung begriffene) Staat Klassenstaat ist, sind seine Funktionen nicht als Betätigungen im Interesse der herrschenden Klasse. Das ändert sich auch damit nicht, wenn der Träger einer oder einer Mehrzahl von diesen Funktionen wechselt, weil sich nämlich der Charakter und die Tendenz der Funktionen nur ändert, wenn die Träger der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Macht wechseln, also wenn eine neue Klasse Träger der Herrschaft wird.

Diejenigen Organisationen, die Träger von Funktionen der herrschenden Klasse waren oder im Laufe der Entwicklung geworden sind, sind dadurch mit der Existenz der herrschenden Klasse auf Leben und Tod verbunden, auch wenn sie als Organisationen nicht der herrschenden, sondern der beherrschten unterdrückten Klasse entstanden sind. Es ist eine bedeutsame Erscheinung, daß solche Organisationen mit der Übernahme staatlicher Funktionen auch sofort danach streben, selbst „Staat" zu werden. Da sie aber ihren Klassencharakter verloren haben — sonst hätten sie unter der Herrschaft der sie unterdrückenden Klasse nicht Funktionen übernehmen können; nur zum Interesse der herrschenden Klasse dienen — können sie auch nicht als Träger des Interesses einer neuen (der bisher unterdrückten) Klasse und damit auch nicht mit der Absicht ein neues System der Klassenherrschaft zu entwickeln, in die Funktionen des Klassenstaates treten. Sondern sie sind gezwungen, in den Dienst dieses, also zur Erhaltung der herrschenden kapitalistischen Systems zu gelangen. Dies ist, auf der Ebene des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses betrachtet, der Weg der Gewerkschaften. Diesem Gesamtverhältnis müssen nun auch die Vorgänge im einzelnen, die Erscheinungen im Ablauf der einzelnen Funktionen entsprechen.

Das Machtmittel des Staates ist die gesetzliche Gewalt. Diese Grundfunktion des Staates zu übernehmen ist das Streben der Gewerkschaften. Die Gesetzlichkeit des kapitalistischen Staates ist der Schutz des Privateigentums und aller Verträge über den Austausch von Privateigentum. Das Proletariat lebt vom Verkauf seiner „freien" Arbeitskraft. Da die Gewerkschaften Organisationen dieser „freien" Arbeiter sind, arbeiten sie darauf hinaus hin, die gesetzliche Gewalt über das Recht des Verkaufs dieses einzigen Privateigentums der Arbeiter fest in die Hand zu bekommen. Dieses ihr Streben entspricht aber durchaus der Entwicklungsrichtung des Kapitalismus, der den (nationalen) Staat in Spezialfunktionen" auflösen und für jede einen besonderen Internationalen Träger schaffen will, die er, seinem Bedürfnis nach immer erhöhtem schnellen Anpassungsvermögen in die rasende Entwicklung, besser in den Prozeß der Umformung seiner Machtorganisationen einbeziehen kann, als den relativ starren, durch sehr unvereinbare Traditionen belasteten Staat. Der ist allenfalls in der Form der „Staatsautorität" noch als Popanz gut und als Polizeiorganisation. Die Rechtsverhältnisse, die sich aus dem Verkauf der „freien" Arbeitskraft durch das Proletariat ergeben, kann der Staat nicht mehr durch die gesetzliche Gewalt beherrschen in der Weise, wie die Entscheidung der kapitalistischen Machtorganisationen dies heute beansprucht; er ist selbst ökonomisch (finanziell-mäßig) so belastet und damit in seiner Bewegungsfreiheit derart gehemmt, daß er diesen Ansprüchen nicht genügt.

Denn er braucht, um als Staatswirtschaft weiter zu existieren auch die Bereitschaft des Kapitals (oder besser: der Kapitalisten), daran mitzuwirken. Diese Leistung ist dem Kapital (vom Gesichtspunkt seines Existenzkampfes mit der Krise her betrachtet) aber nicht möglich, weshalb es, als wahrer Beherrscher des Staates auch dessen Inhalt ändert (weniger die Form, die zum Schein ist der Kampfgefährte Deutschlands bleibt). Damit ändert sich aber auch die Tatsache, daß der Staat ausschließlicher Träger der gesetzlichen Gewalt über den Abschluß von Verträgen (im obigen Sinne) bleibt.

Das Wesen der bürgerlichen Demokratie ist der politische Ausdruck für das Wesen der (ökonomischen) kapitalistischen Entwicklung, die den beiden Gesetzen der Konzentration und der Akkumulation folgt. Die Folgen des Weltkrieges haben das Tempo dieses gesetzlichen Vorlaufs, besonders das der Konzentration ungeheuer beschleunigt. Die Umwälzung des Versailler Vertrages, die der Bildung von Arbeitsgemeinschaften, Leistungsverbänden und internationalen Finanzgruppierungen den Vorwand gab, bringt auch den Zwang zur Umformung auch des Staates mit sich. Die Krise und Abflauen des Konjunkturwellen (innerhalb der konstanten Krise) in einem Maße mit sich, daß die die staatliche Maschinerie auch auf diesem, die Klassengegensätze am deutlichsten veranschaulichenden Gebiete des gesamtgesellschaftlichen Lebens durchaus nicht gemachsen ist. Die Tendenz des Kapitals ist nun (schon um die nationalen Grenzen des gesellschaftlichen Lebens, den sich verschärfenden Bedingungen entsprechend auf allen Gebieten rasch überwinden zu können), „freie" Verbände aller Art im Leben zu rufen oder auszubauen und ihnen die staatlichen Aufgaben (Funktionen) zu übertragen. In diesem Zusammenhang, auf dieser Grundlage der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung ist erst ein wirkliches Verständnis vom Wesen der heutigen gewerkschaftlichen Politik möglich, insbesondere von der neuesten „Tat" der Gewerkschaften, der Schaffung von Zuchthausgesetzen gegen das revolutionäre Proletariat, die Uebernahme der gesetzlichen Gewalt auf dem Gebiete des Vertragsrechts über den Verkauf der „freien" Arbeitskraft zum Zwecke des kapitalistischen „Wiederaufbaues". Davon in einem zweiten Artikel.

## Politische Rundschau

### Zahlen

Die Hilfe für das hungernde Rußland ist seit Monaten das R und O der Propaganda der linken Sozialdemokratie und besonders der Partei der USP. Die Spalten der „Roten Fahne" nimmeln von teils sicherlichen, teil unwahrscheinlichen Angaben, die sich da zu dem Monstrum verdichten, daß die Belegschaft der „Siemens Bulan-Werke" eine große Güterzuglokomotive „in ihrer Freizeit" baut und — mit Unterstützung des Unternehmers natürlich! — als Geschenk der Sowjetregierung überweisen wolle. „Rußland braucht dringend alles Geschickte, Arbeiter; darum vorläufig Ade mit deinem Unternehmer . . .", heißt der tiefste Gleichgedanke der sozialistischen Führer. Der Nummer wurde von den Zellen und den Betriebsratsstellen der USP. bei Gewerkschaften und Betriebsräten getragen und Beschlüsse wurden gefaßt, die nach immer nicht schematische „Fahne" von Riesenversammlungen. Es sei hier nur erwähnt, daß unter dem Dokumente der „Kameradschaft" in vielen Betrieben die Zellenleitäter sich zu systematischen Unterschriftensammlern entwickelten. Alles aus Solidarität.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht nun in ihrer Nummer vom 14. Oktober mit Riesenlettern: „25 Millionen Mark für die Hungernden in Rußland." Das soll für den dummen Arbeiter, der das liest, den Eindruck einer schwindelnd hohen Summe erwecken, die tatsächlich ist, die Kopfe Not der hungernden russischen Brüder zu lindern. Es ist bestimmt mit nüchternem Rechnen diese Zahl auf ihren realen wirtschaftlichen und — von hier sicher ebenso wichtig ist — auf ihren politischen Wert hin zu untersuchen.

Nehmen wir an, der für unsere deutschen Gewerkschaften erstaunlich bedürfnislose russische Arbeiter könne mit der Hälfte dessen aus als wir. Dann könnte man als Ergebnisminimum einer vierköpfigen russischen Arbeiterfamilie 10 000 M. setzen. (Das ist doch das Existenzminimum der Mark bei noch nicht mehr!) Die 25 Millionen Mark reichen dann gerade für 2500 russischen Arbeiterfamilien, also von 10 000 Menschen für ein Jahr. In Rußland hungern aber sicher 20 Millionen Menschen und außerdem sind etwa 50 Millionen als nur halb ernährt anzusetzen!

Ferner: wie sind diese Sammlungen gestande gekommen? Durch das „Komitee Arbeiter-Hilfe", das in allen Sektionen der 3. Internationale einen Zweig hat und ebenso in allen der Roten Gewerkschaftsinternationale „angeschlossenen Organisationen, keinen Aspekt ist heute 4 Monaten fast ganzlich von diesen Sammlungen beanspruscht war. Ebenso die „politische" Tätigkeit aller Zellenleitäter und ihrer Abart, z. B. in der Gesamtkleiner Union. Nach den offiziellen Protokollen des Kongresses der RGI. beanspruscht diese etwa 17 Millionen Gewerkschafter für sich, von denen 6 Millionen auf Rußland entfallen, als „Gummiker" ausgeschen. Dem nach haben die 11 Millionen Zellenleute je 2,30 Mk. als Gesamtleistung für das hungernde Rußland aufgebracht. Das Resultat ist aber noch sehr günstig, weil die ganze Summe gab, etwa 22 Millionen Mark, in Entente-Ländern oder im ostasiatischen Neutralen in barter Währung aufgebracht wurde und für den Zweck der Kaufkraftes der 25 Millionen in Papiermark umgerechnet sind.

Wenn nur die deutschen Sammlungen allein betrachtet werden, so ergibt sich: Nach dem Bericht der „Roten Fahne" sind in den 4 Monaten in Deutschland 2 200 000 Mark gesammelt worden. Da nun die Zellenleitäter in Moskau 2 300 000 Gewerkschaftsmitglieder als „kommunistisch" für sich beansprucht und diese Angabe mit allen Mitteln aufrecht erhalten und verteidigt haben, so haben diese 2 300 000 deutschen „Mitglieder" der Roten Gewerkschaftsinternationale je 1 (in Worten: eine) Mark an Gesamtleistungen für ihre hungernden russischen Genossen geleistet. Und das in vier Monaten eines solchen schwindelhaften Rummels. Es sehen die Zahlen nüchtern betrachtet aus.

Der politische „Erfolg" liegt dabei natürlich auch in einer andern Richtung. Die „Rußlandhilfe" ist ein Vorwand für die taktische und organisatorische Festigung der Arbeiter in den Gewerkschaften, die plaudert, der Kommunismus gewinnt mit ihrer Sympathie und ihrem Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale. Deren erster Kongreß hat die Grundlage für den Wiederzusammenschluß mit Amsterdam geschaffen. Die „Rußlandhilfe" ist das Mittel dazu, das die Massen, die bei dem immer noch revolutionären Willen großer Teile der Zellenleitäter wirken soll. Die werden schmerzen an die „Wiederaufbau"-Politik Amsterdams gefesselt, der sie mit den Parolen von der „Steigerung der Produktion für Rußland" erst den Inhalt und die Grundlage geben.

## Zentrale „Gummischlauch"

Das „Mitteilungsblatt" der „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft" veröffentlicht folgenden Bericht:

„Zentrale Gummischlauch.

Am 14. d. Mts. hatte die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft für Groß-Berlin ihre Einsprecher zu einer größeren Versammlung bei Büer in der Weberstraße eingeladen. Es erschienen 2500 Personen, insofern einen geschlossenen Charakter gegeben, als Einlaßkarten ausgegeben worden waren. Diese Maßnahme war getroffen worden als eine Vorsichtsmaßnahme gegen Ruhestörer und eine gewaltsame Sprengung. Die Dinge, die sich dann im Versammlungslokal abspielten, bewiesen, daß die getroffenen Vorsichtsmaßnahmen sehr gleichzeitig unzureichend waren. Die Versammlung wurde gesprengt.

Einem Trupp von mehr als 150 Mann gelang es, unter Anwendung brutaler Gewalt sich den Zutritt zur Versammlung zu erzwingen, die plötzlich gegebene Situation riet ich die Gefahr des unkontrollierten Schießens einer Schießerei zwischen Arbeitern herbeiführen. Aus dieser zu Entgegnen, daß der Gebäude die Versammlung gleich und ihre Auflösung und Räumung die Wiederholung an einem höheren Zeitpunkt ist.

Der Gummitrupp wurde angeführt von den Mitgliedern der Bezirksleitung und den Abgeordneten Barth, Hölz und Neumann, während die technische Organisation dieses Sprengung die Groß-Berliner Zentrale dieser Partei übernommen hatte. Es ist nun unbekannt, ob nur die Partei für den Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, welche jedoch doch dieser immer als eine „ständige Bedrohung" empfunden wurde, den Entschluß zu diesem Vorgehen gegeben hat oder ob man das Bedürfnis in sich fühlte, den eigenen im Gesetze der Öffentlichkeit erzogenen Kindergarten Gelegenheit zu geben, in Ausübung Kommunistischer Methoden ihre Tüchtigkeit und Offensichtlichkeit an den eigenen Klassengenossen auszuüben zu lassen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands aber und ihre zur Hälfte aus politischen Schwachsinnigen und zur anderen Hälfte aus gewissenlosen Abenteurern zusammengesetzte Leitung braucht diese Elemente zur Wahrung ihrer Existenz, ja, mit sie sind. Diese Elemente bilden die letzte Zufluchtsstätte einer Partei, die ihre politische Daseinsberechtigung verscherzt hat. Bei ihnen wird der Mangel an geistiger Nahrung und politischer Gedanken nicht fühlbar. Die jene ist die platteste Phrase noch Opium, ihnen kann man bedenkenlos, mit dem krassesten Verfälschungen bedienen, eine Stärke vortäuschen, indem man sie von Zeit zu Zeit zu Siegen führt, zu Siegen mit Gummischläuchen und Schießereien ohne Klassengegner.

Welche diese Rolle führt ist unschwer erkennbar. Sie haben diese beiden Männer der Zentrale, doch auf ihre Würde als Gleichtruppgeneräle und schließlich ganz erfüllt von dem Gefühl ihrer Macht. Doch als sie ihre Macht beweisen wollten, als sie den Versuch unternahmen, den willen Arbeiter Einhalt zu gebieten, weil ihnen angeschickte der Auseinandersetzungen ein wenig bänglich zu Mute wurde, da mußten sie sich sagen lassen, daß sie ihr Handwerk nicht verstehen. Es ist ihnen ein Leichtes, einen Haufen Gleichgesinnter zu Siegen zu führen, doch sie sind nicht mehr bedeutsamer, das hohe Ziel der „Offensichtlichkeit" zu singen, er muß sicher mit dem Gummiknüppel herumfuchteln lernen, muß Herzlichkeiten im Kopfen besitzen, um den im Parteiprogramm vorgeschriebenen „Druck auf die Proletarier" selbst ausgeüben zu können, sonst ist er nicht mehr Führerwert.

Folgende Mitglieder sind aus der Partei ausgetreten:

Ernst, Schmidt, 2. Bezirk; Peter Bucek, 4. Bezirk; Wilhelm Sieverz, 14. Bezirk; Martin Bilke, 11. Bezirk; Fritz Illig, Bernau; Karl Ostgang, 17. Bezirk; Fritz Kaiser, 14. Bezirk; Gertrud Kiß, 14. Bezirk; Hellmuth Wolf, 1. Bezirk; Fritz Schönherr, 1. Bezirk; Hans Meyer, Chemnitz; Fritz Kuhn; Hermann Kahn, 14. Bezirk; Gert Ott, 14. Bezirk; Georg Hantke, 13. Bezirk; 13. Bezirk, 4. Bezirk; Otto Kunze, Neukölln."

Die Blut der Arbeiter gegen die Gewehre zum ersten mal verstehen. Aber das sie sich dann gebrauchen lassen, in allen Versammlungen, auch in denen der KPD. eine Politik mit Gummiknüppeln zu verteidigen, die sich von der eines Seil nur durch die größere Naivität unterscheidet, das sie gewagt nicht von unselbständigem Bewußtsein, sondern von blinden Fanatismus. Wie können es uns ersparen, auf die unverschämten Unterspielungen unserer Genossen Eichmann usw. einzugehen. Nach dazu, da die Argumentation von „begnerischen Verbrechern" usw. doch nur von der USP. gespannt sind.

Die KPD. veröffentlicht die Zuschrift einer „Arbeiterin" in ihrer „Roten Fahne", wo Klage über diese Zustände geführt wird, und sagt:

„Den Kampf vorzubereiten, die destruktiven Regungen der Arbeiterklasse zum bewußten Handeln umzugestalten, den Kampf zu führen, das ist die Aufgabe, die sich die Kommunistische Partei gestellt hat. Und wenn sie bei ihrer Erfüllung Fehler auf sich nehmen muß, so zeugt das nicht gegen, sondern für sie."

Damit tilgt diese KPD. auch jeden den Fluch der Lächerlichkeit auf sich.

## Der Abbau der Erwerbslosenfürsorge

„Die Erwerbslosenfürsorge, wie sie jetzt besteht, hat noch eine sehr rohe Form; mit diesem Unfug muß aufgeräumt werden."

(Wiedermann, der Referent des RDGB. in Hamburg.)

Folgende Anweisung ergeht an die Erwerbslosenfürsorge:

Abschrift!

Deputation für Arbeit und Gewerbe
Amtsstelle für Erwerbslosenfürsorge
Tagdo.-Nr. 1171, Erwerbsl.-S. Berlin, den 18. 6. 21.
Drahtpost. 24.

Betr. Beschränkung der Unterstützungsdauer auf 13 Wochen.

Der Hauptausschuß hat in seiner Sitzung vom 3. 6. 1921 nachstehen Beschluß zur Durchführung des Erlasses des Ministers für Volkswohlfahrt vom 11. 11. 1920 betr. Beschränkung der Unterstützungsdauer auf 13 Wochen gefaßt:

I. Die Unterstützung darf höchstens für die Dauer von insgesamt 13 Wochen gewährt werden:

1. gelernten jugendlichen Landwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen (ausschließlich Gutsarbeitern und Arbeiterinnen);
2. jugendlichen Gemeinnützigen (bis 18 Jahren für Arbeiterinnen, Mädchen, Kindern, Kindergärtnerinnen, Ärzten, Wirtschaftsinnen, Hausbesamen) nicht aber Maschinenbauer, Schmiedemachtmeister, Werkzeugmacher, Hausschlosser, Hausbesserinnen.

II. Gesetzt sich für die Angehörigen der unter I genannten Berufsgruppen in nach Tage der Arbeitsnachweise die Notwendigkeit ergibt, die Unterstützungsdauer für sie über die Dauer von 13 Wochen hinaus zu gewähren, ist die Genehmigung des Ausschusses einzuholen.

III. Allen unter 21 Jahre alten weiblichen Erwerbslosen, die bei den Angehörigen oder zur Miete wohnen und nur für sich selbst zu sorgen haben, ist ohne Rücksicht auf ihre letzte Beschäftigung die Erwerbslosenunterstützung nur zu bewilligen, wenn bei ihnen vorweist hat. Und auch bei ihnen ist die Dauer der Unterstützung auf 13 Wochen zu beschränken.

Wo aus Grund der Verhältnisse die Notwendigkeit besteht, die Unterstützung über 13 Wochen hinaus zu gewähren, ist die Genehmigung des Ausschusses einzuholen.

Die Dienststellen der Erwerbslosenfürsorge wollen alsbald entsprechend verfahren.

gez. Weiß.

Nach Monatsgleich Arbeitslosigkeit arbeiten heute Unterstützungsempfänger Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Gerüstbauer, Schreiner, Bäckereien, Glasperlenmacher, Kurbelstickereinen, Perlenmacherinnen, Strohblumenmacherinnen, Kaffeeschmiede, Brennerei arbeiten.

## Die Perspektiven der Weltrevolution

I.

In dem Artikel „Hochkonjunktur oder Krise" wurde gezeigt, daß die augenblickliche und infolge des Wiederbeginns Weltkrieg sich noch verschärfende Hochkonjunktur in Deutschland nicht zur Gesundung des Kapitals führen kann, sondern im Gegenteil international die schwersten wirtschaftspolitischen Konzeptionen herbeiführen muß und nur der Ausbruch der Krise Verhältnisse bei kapitalistischen Systems ist. In welchen Maße die deutsche Konkurrenz, die Erweiterung der Reproduktionsbasis Deutschlands, hauptsächlich durch die niedrige deutsche Valuta hervorgerufen, eine Verengerung der Reproduktionsbasis der valutastarken Länder zur Folge hat, mag an einigen Zahlen erläutert werden:

Im Juli 1921 wurden aus Amerika 20 000 Tonnen Eisenbahnschienen ausgeführt. Einen Monat früher, im Monat 1921 erst nach 4800 Tonnen! Ja, die Ausfuhrmengen von Rohrsäulen, Eisenbahnschienen, Bauschalt und Eisenbahnen zusammengenommen, erreichte im August mit 19 500 Tonnen nicht die Höhe der Schienenausfuhr des Juli! Vom Juli bis zum Oktober 1921 ging die Zahl der im Betrieb befindlichen Lokomotiven in Amerika von 373 auf 70 Stück, in England von 301 auf 50 Stück zurück! Zunerhalb eines Vierteljahres fiel die Eisenproduktion allein in Amerika auf 19 Prozent, in England auf 11,8 Prozent.

Das diese Zustände die internationale Bourgeoisie, speziell die der „Siegerstaaten" mit großer Besorgnis erfüllen, ist wohl einleuchtend. Nicht nur daß ihre Profite in der alten Höhe nicht möglich sind, — bei verengerter Reproduktion ist nicht indirekt, niemals aber gesellschaftliche Akkumulation möglich, — sondern auch infolge der in den valutastarken Ländern sich ungeheuer steigernden Arbeitslosigkeit das Gespenst der proletarischen Revolution auf. Die hungernden Proletariermassen fragen nun einmal keinen Wert auf die „Erhaltung des sozialen Gleichgewichts" und die „Gesetzung des sozialen Friedens", gleichgültig, ob sie infolge niedriger Valuta (und niedriger Löhne) und Hochkonjunktur im Kapitalismus, hungern wie in Deutschland, Polen usw. oder ob sie infolge hoher Valuta und Arbeitslosigkeit hungern wie in England und Amerika. Sinn sind auf Abhilfe, um dem drohenden Unheil zu entgehen. In der Londoner Wirtschaftskonferenz vom 13. Oktober führte der deutsche Reichsminister, Graf Bonn, aus, daß die internationale Finanzpolitik nicht geleist werden könne ohne Schaffung von Krediten durch Ausgabe internationalen Papiergeldes. Gleichzeitig schlug er vor, den Handel mit Rußland, d. h. die jetzt mögliche Form der Wiederaufbau Rußlands Deutschland zu überlassen; dadurch werde sich der Stand der deutschen Mark heben und eine deutsche Schuldenkonferenz unmöglich gemacht. Die Konferenz nahm schließlich eine Resolution an, die besagt, daß die deutschen Reparationsverpflichtungen in dem jetzt gesetzlichen Maße dem wirtschaftlichen Leben aller Nationen schädlich sind und im hohen Maße die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verursachen. Es wurde sogar die letzte als die letzte „Lösung" auf: Revision des Versailler Vertrages.

Was bedeuten nun diese vorgeschlagenen Lösungen? Sind sie imstande, die Krisis des Kapitals zu überwinden? Zunächst zum internationalen Papiergeld. Gewiß ist die Internationalisierung der Produktionsweise das Ziel, auf das der Kapitalismus hinbrauset und das internationale Währungssystem ist notwendiger Teil desselben. Die Einführung desselben im Kapitalismus wäre aber einer Selbstaufgabe des Kapitalismus gleichbedeutend. Heißt er auch ein Interesse an der gesamten Produktionsmöglichkeit, die ihm nur ein indirektes, nicht forcierendes Schwankungen unterworfenes Gold bieten kann, so hat er aber auch ein Interesse an der Profitsucht, die er gerade bei den Schwankungen der Valuta einsucht. Denn die riesigen Valutagewinne wurden ja aus den Taschen des spekulierenden „kleinen" Publikums, das keinen Einblick in die „Planmäßigkeit" der Kreditbewegungen hat, herausgezogen und stehen in die Taschen der Banken, der Großindustrie und der — Politiker. Außerdem würde die Einführung dieses Papiergeldes für den Kapitalismus ebenso wie Weltmarktpreise in allen Ländern zur Folge haben, daß bei ratio im nächsten Moment würde das internationale Geld in Amerika anderen Wert haben als in Deutschland, da je nach Kurs des Goldes kam, der Preis der Waren abhängig ist vom Gerätsinis des jeweiligen Goldes zur jeweiligen Warenmenge. Voraussetzung für ewig gleichen Kurs wäre also die freie, ungehemmte Zirkulation des Goldes sowohl als auch der Waren über alle Landesgrenzen hinweg, d. h. Aufhebung der Aus- und Einfuhrzölle, der Zölle, der Reparationen und Konditionen und aller Staatsschulden. Die Einführung des internationalen Währung steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Internationalisierung des Kapitalismus.

Mit dem internationalen Papiergeld wäre es also nichts. Nun, vielleicht finden wir den Ausweg der Krisen in der Revision des Londoner Wirtschaftsvertrages. Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen wird vor empfohlen. Von einigen engstirnigen Blättern wird sogar Streichung aller Reparationsverpflichtungen gefordert — vergessen ist, daß Amerika alle europäischen Schulden streicht. Die Nicht, daß Amerika sie bezahlen. Sie wollen ihr verliehenes Gold zieht haben, und zwar in sicherem Gold. Ein Kapitalist schenkt dem andern nichts. Eine Herabsetzung der Reparationen oder Gegenentschädigung ist für Frankreich unzumutbar. Und England rechnet ja, kann dort auch ausrechnen, was Deutsche bezahlen. Und gegen einige zwischen England und Deutsche Verhandlungen ist der Gang zum grossen Wirtschaft einer englischen Auflage des Ultimatums unbedenklich.

Wie auch dieser Vorschlag wäre eine Utopie. Bleibt nun Rußland als Rettungsinsel übrig? Die russische Frage wird in ihrem Gesamtzusammenhang in nächsten Abschnitt erörtert werden. Jetzt nur kurz einzelnes, daß die russische Bedeutung für die Weltrevolution ist, ohne sie zu übertreiben. Das sind die Dinge mit einziger Unterstützung und großer Sympathie, Neutralität in erster Linie. Die Verbindung des russischen und amerikanischen Kapitals wird alle Kräfte bannen, nicht nur, Unterstützung haben die Amerikaner bereits bei Beginn der Revolution, sie ist gewahrt bei den Bolschewisten und werden auch bei dem Ende dieses Krieges.

Wir haben also gesehen, alle Lösungen der Wirtschaftskrise, die von kapitalistischen Seite versucht werden, sind keine Lösungen.

sind, bedeutet nur die gewaltsame Herausbildung eines kranken Wirtschaftskörpers. Die ökonomischen Verhältnisse, die reale Basis, auf der sich letzten Endes der politische und theologische Ueberbau erhebt, bedingen zur Revolution; der objektive Faktor ist eminent revolutionär. Es wäre noch zu untersuchen, ob eine Verschiebung des objektiven Faktors eintreten kann und ob der subjektive Faktor, die Geistesentwicklung des Proletariats, der Wille der Arbeiterschaft zur Revolution gleichen Schritt mit der Entwicklung des objektiven Faktors hält; ob Sieg der unterdrückten Klasse oder Untergang beider Klassen eintritt.

II.

Eine Wiederherstellung des Kapitalismus ist nur möglich durch internationale Erweiterung der Reproduktion. Ist durch die Ausbeutung Rußlands nun eine solche Erweiterung ermöglicht?

Die Ausbeutung Rußlands kann auf zwei Wegen geschehen: durch Handelsaustausch und durch Kapitaleinfuhr nach Rußland (Konzessionen). Der Handelsverkehr durch Austausch der Güter, die Bezahlung der politischen Waren durch Wolle, Textilien oder andere Waren hat zur Voraussetzung, daß der Schuldner, in diesem Fall also Sowjetrußland, im Besitz von Zahlungsmitteln ist. Er muß also einen Goldvorrat, oder lieferbare Rohstoffe oder Industrieerzeugnisse zur Verfügung haben. Der größte Goldvorrat wird schließlich bei immer wiederkehrender Beanspruchung auf die Neige gehen. Industrieerzeugnisse als Gegenlieferung können bei Rußland diesen Agrarland mit unendlicher Peripherie, nicht in Frage. Auch die Ausfuhr von Nahrungsmitteln kann nicht erfolgen, da Rußland augenblicklich selbst eine große Hungerperiode durchmacht; intensive Bodenbearbeitung und Intensivierung der Verkehrsmittel wäre die Voraussetzung hierfür. Auch die Belieferung durch Rohstoffe hat ihre Begrenzung in der Unentwickeltheit der russischen Industrie.

Der Handel mit Rußland wird sich also immer nur innerhalb gewisser Grenzen vollziehen können und niemals eine solche Ausdehnung annehmen, daß das internationale Kapital sich daran aufrichten kann. Der Kapitalismus hat aber noch eine andere Möglichkeit, sich solche unentwickelten Länder nutzbar zu machen: den Kapitalexport. Man liefert Produktionsmittel in diese Länder nicht als Ware gegen Bezahlung, sondern als eigene Kapitalanlage. Man errichtet Tochtergesellschaften, liefert alle notwendigen Produktionsmittel und produziert selbst. Durch Kapitalexport wird der Kapitalismus unabhängig vom Warenimport und von der Warenproduktion des noch unentwickelten Landes. Der Kapitalexport findet seine Grenzen nur in der kapitalistischen Entwickelungsmöglichkeit des ausgebeuteten Landes einerseits und in der Kapitalsakkumulation, dem Ueberschuß an Produktionskapital der entwickelten Länder anderseits. Ueberschüssiges Produktionskapital sowohl als auch freies Geldkapital, das nach Anlage schreit, ist aber in den kapitalistischen Ländern wahrscheinlich vorhanden. Der Kapitalexport, diese Politik des Kapitals auf lange Sicht, wäre sehr wohl in der Lage, den Kapitalismus aus dem Dilemma herauszuziehen, die Krise zu überwinden, und die kapitalistische Wirtschaft auf neue Höhen emporzuführen.

Wenn das Kapital sich zu einer derartigen Politik auf lange Sicht entschließt, muß es die Garantie haben, daß die angelegten Produktionsmittel ungefährdet bleiben. Die Voraussetzung ist durch das heutige Rußland nicht gegeben. Nicht daß diese Gefährdung durch die Sowjetregierung eintreten würde, die Zweier der Existenz der Sowjetregierung selbst ist eine Frage der Zeit. Um das Kürzumchen, müssen wir kurz auf die inneren Zustände Rußlands eingehen.

III.

Wenn auch augenblicklich noch an der Spitze der russischen Staates Kommunisten stehen, so kann man doch jeder ökonomisch noch politisch noch einen Kommunismus in Rußland sehen. Die innerpolitische Seite dieser Frage interessiert uns im Augenblick nicht. Auch unwesentlich der jetzige Zustand durch die inneren Politik, und inwieweit er durch die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse hervorgerufen ist, wollen wir hier ununtersucht lassen. Die Einführung des freien Handels, der Naturalsteuer, der Konzessionen an das Kapital hat jedenfalls die vorhandenen Ansätze eines kommunistischen Wirtschaft vernichtet und das Wirtschaftsleben Rußlands angestellt auf die Profitwirtschaft. Man braucht nur einen Blick zu werfen auf die Sackgasse, den Markt Moskaus, man braucht nur zu berücksichtigen, daß es in Rußland wieder eine Staatsbank, Privatbanken, Privatbetriebe und Fabriken, Hausbesitzer gibt, man braucht nur zu lesen, in welch wahnsinnigem Maße in den noch vorhandenen Staatsbetrieben gestohlen und geschoben wird, und man gibt sich keinen Illusionen mehr hin.

Lenin sagte auf dem 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale: „Wir machen auf ökonomischem Gebiete alle Konzessionen, um auf politischem keine machen zu brauchen.“ Das ist natürlich Unsinn. Nehmen wir das Gegenteil. Es ist wohl niemand der Meinung, daß in Deutschland sich eine bürgerliche Regierung halten könne, wenn die Arbeiterschaft die ökonomische Macht ausüben würde. Diese Regierung würde bald hinweggefegt werden. Das Umgekehrte ist praktisch auch der Fall. Ueber das Ob kann man sich natürlich nicht streiten, höchstens über das Wann. Es ist ja die Grundlage des historischen Materialismus, daß die ökonomischen Verhältnisse die reale Basis sind, auf der sich der politische und theologische Ueberbau erhebt. Eine Veränderung der ökonomischen Basis hat dann auch früher oder später den Sturz des politischen Ueberbaues zur Folge. Dieser Sturz tritt dann ein, wenn die neuen kapitalistischen Tendenzen stärker geworden sind als die vorhandenen Sicherungen der alten Gesellschaftsordnung, des Kommunismus. Die Gefahren sehen die Russen auch unterschätzen sie aber. So schrieb Bucharin in der „Moskau“ Nr. 10, dem Organ des 3. Kongresses sinngemäß ungefähr folgendes: Es ist ein Einführung des freien Handels hat zur Folge die Bildung des Kleinkapitals. Das wollen wir aber. Aus dem kleinen Kleinkapital bildet sich auf dem Wege der ursprünglichen Akkumulation das Industriekapital. Und der Aufbau der Industrie ist notwendig, wenn Rußland leben soll. Wir sehen auch die Gefahr, daß die kapitalistischen Tendenzen eines Tages stärker werden als die kommunistischen, wir glauben aber, daß wir den Sieg entwickelnden Kapitalismus habe im Zaume halten werden.“ Die Russen glauben, einen Kapitalismus von der Kommunisten Gnaden bekommen zu können, sie glauben an die Möglichkeit, den Kapitalismus in der proletarischen Verfassung zu verwerten. Das sind natürlich Illusionen, da die russischen Führer selbst glauben können, denn dazu sind sie viel zu gute Marxisten, sie hoffen aber durch das einzige Mittel dieser Ansichten den russischen Proletariat den Glauben an die Möglichkeit dieses Kapitalismus von Kommunisten Gnaden einzuzuggerieren, und dadurch die Wiederaufbaukraft des russischen Proletariats zu erhalten.

(Schluß folgt.)

# Ausland

## Der Sieg des Reformismus in Italien

### Ein Kapitel aus der Geschichte der Dritten Internationale

Die sozialistische Partei Italiens war die einzige von den großen sozialdemokratischen Parteien, die geschlossen zur 3. Internationale gleich nach deren Gründung übertrat. Daß dieser Uebertritt nicht mit einem klaren Bekenntnis zum Kommunismus und einer entsprechenden Politik gleichbedeutend war, mußte in Moskau bekannt sein. Denn in der italienischen Partei befand sich neben der einflußreichen Fraktion Turati, die unserer Schubemann-Partei entspricht, die politisch ausschlaggebende Gruppe Serrati, deren Haltung in allen Hauptfragen der Politik und Taktik den Geist der Schubert, Friedrich Adler und Jean Longuet verriet. Also Marke: USP. Es kam dann der Parteitag von Reggio Emilia, auf dem die Annahme oder Ablehnung der 21 Moskauer Thesen zur Debatte stand. Da geschah das, was keinem nüchternen Denkenden in Erstaunen setzen konnte: Serrati und sein Anhang erklärte sich mit den italienischen Schubemännern solidarisch, so daß die Moskauer Exekutive nichts anderes übrig blieb, als zur Konstituierung einer selbständigen „kommunistischen“ Partei zu schreiten, deren Kommunismus sich lediglich auf die Annahme der 21 Punkte zu beschränken brauchte.

Moskau so also eine italienische Sektion der 3. Internationale geschaffen war, mußte natürlich der Versuch unternommen werden, eine richtige „Massenpartei“ ins Leben zu rufen, über deren sozialdemokratischen Charakter kein Zweifel mehr bestand. So wurden die Verhandlungen mit Serrati natürlich fortgesetzt und die sozialistische Partei erhielt eine offizielle Einladung zum 3. Weltkongreß — obwohl sich diese Partei durch den eben erst vollzogenen Waffenstillstand mit den Faszisten, d. h. der italienischen Organisation war, den gesamten revolutionären Weltproletariat für immer kompromittiert hatte. In Moskau war man also bereit, diesen offenen Verrätern an der proletarischen Revolution Gnade und Vergebung zu gewähren in seinen Augenblick, wo sie den „linken“ Kommunismus bereits das Todesurteil fertigstellt wurde. Nur eine einzige Bedingung wurde den Serratianern auferlegt: Sie sollten den Herrn Turati und seine Freunde, also die eingestandenen Reformisten, aus der Partei hinauswerfen. Der Reformismus als Prinzip brauchte nicht „ausgeschlossen“ zu werden. Nach der Moskauer Theorie ist nämlich der Reformismus erledigt, wenn die reformistischen Führer beseitigt sind. Ein Symptom dafür, welche Wertschätzung man der Masse der Mitglieder entgegenbringt!

Auf dem italienischen Parteitag, der am 10. Oktober in Mailand zusammentrat, ist wiederum den Serratianern nur diese eine Bedingung gestellt worden. Man ist also in Moskau im Zweifel der Zeit nicht beschieden gewerden. Denn in Halle verlangte man von der USP. die Annahme der gesamten 21 Thesen. Auf dem französischen Parteitag in Tours war man schon entgegenkommender, sonst war das Geschäft mit den Longuet und Frossard eben nicht zu machen. Bei der Gründung der französischen Massenpartei mußten von den 21 Punkten vielleicht 18 gemacht werden. Und jetzt in Mailand war eben nur noch eine Thesen übrigbleiben: Entfernung der reformistischen Parlamentarier. Aber wie die Politik des nicht reformistischen, sondern „marxistischen“ Parteiführers in der Praxis aussieht, ist dem dem italienischen Reichstagsführer des „Avanti“ gängend illustriert worden:

Seit Livorno hat der maximalistische Parteivorstand, entsprechend seiner Verpflichtungen und die Massen zu bewaffnen, der Wirklichkeit aller Kampfmittel nicht vorbereitet. Er hat die Parlamentsfraktion aufgefordert, auf die Lösung einer Ministerkrise Einfluß zu gewinnen, hat die Möglichkeit einer Stimmenthaltung zugestanden, um den Fall des Kabinetts Bonomi zu verhüten (welche Stimmenthaltung dann im entscheidenden Moment nicht nötig war) und hat den Faszismus mit den Faszisten geschlossen. Das sind gewissen Aktionen, die auf dem Wege der Mitarbeit mit bürgerlichen Elementen liegen. Trotzdem hat sie keiner der Redner der Maximalisten auf dem Parteitag bedauert. Sowohl Barcalona als Gerati haben sie ausdrücklich gutgeheißen. Sie haben es offen gesagt: die Wirklichkeit, der Zwang der Umstände, die Notwendigkeiten, die Zugeständnisse; wir dürfen diese Notwendigkeit nicht kodifizieren. Indem wir die ohnehin unvermeidlichen Zugeständnisse ausbreiten im voraus autorisieren, beginnen wir die Situationen zu solche Zwangslagen schaffen.“

Und dann folgt der nämliche Berichterstatter noch folgende Charakteristik der Serratianer hinzu, die man ohne weiteres anwenden kann auf die Gesamtpolitik der 3. Internationale:

„Sie wollen tun, was sie nicht vermehren können, aber sie wollen es sich selbst nicht eingestehen. Sie sagen nicht mehr, wie die wirklichen Intransigenten sagen, das darf nicht geschehen; mit der Bourgeoisie paktiert man nicht, eine bürgerliche Regierung schmil man nicht, sondern begnügt sich zu erklären: Wir verbieten in unseren Erklärungen das Paktieren und das Schmusen, damit ihr, wenn ihr diese Sachen tut, es als vergeht, daß es einen Gläubigen ist, das ein gut engagiertes Maximalist nicht tun darf.“

Das nennt man italienischen Maximalismus in Reinkultur. Wenn sich hernach für die Resolution Serrati, die sich in Worten für die Diktatur des Proletariats und gegen die Teilnahme an der Regierung aussprach, 48000 Stimmen fanden, so unterschieden sich die Befürworter dieser Resolution von den 20000 Anhängern Turatis nur auf dem Papier. Denn die Politik Turatis ist so ziemlich den Serratianern offiziell gehalten. Die proletarischen Reformisten, wenn sie in Worten verurteilen — mit dem echt jesuitischen Vorbehalt, daß Situationen eintreten können, wo eben die sozialistische Partei nicht anders handeln könne als der umgesprochene Reformist Turati: Da wird die Mehrheit der unentwegten Parteigänger Moskaus keine 4000 Stimmen aufbringen, so kann man den „Sieg“ der Linken im Umfange nicht geben, wenn er zu nachstehendem Gesamtergebnis gelangt:

„Als Zeit des Kongresses bleibt die Betonung des unerschütterlichen Willens zur Vorbereitung, die Verwirklichung der 21 Thesen des Moskauer Kongresses durch die Verstärkung der Reformen, die Ausbreitung der Kommunistischen Partei und die Ausbreitung der Kommunistischen Jugend, die Tatsache des reformistischen Machtzusammenbruchs.“

Das heißt: der Triumph des Reformismus unterliegt keinem Zweifel. Wohl aber kann man berechtigte Zweifel daran hegen, ob die Bemühungen Moskaus, die Partei Serrati für die dritte Internationale zu gewinnen, wirklich als abgeschlossen gelten dürfen. Wir sind des Glaubens, daß diese Partei auf dem nächsten Weltkongreß tot sein wird für die Moskauer Internationale. Dann diese muß ja noch der letzten Entwicklung in Rußland bald zeigt sein für die Politik der Scheidemänner in allen Ländern.

# Die neue Wirtschaftspolitik Rußlands

### Die Organisation der Staatsbank.

Moskau, 15. Oktober. (Rosta Wien.) Das Präsidium der allrussischen Zentralexekutive verfügte ein detailliertes Dekret betreffend die Organisation und die Aufgaben der russischen Staatsbank. Vorläufig der Generalversammlung wurde beschlossen, 50 Prozent der Reingewinns für den Reservefonds der Bank, 20 Prozent zugunsten der Bankangestellten zu verwenden. Der Rest wird der Staatskasse abgeführt.

### Ein Dekret der Allrussischen Zentralexekutive zur Regelung der Finanzwirtschaft.

Moskau, 16. Oktober. (Rosta Wien.) Bei der Durchführung der neuen Wirtschaftspolitik fällt dem Volkskommissariat für Finanzen eine der wichtigsten Aufgaben zu. Die Staatsausgaben müssen vergrößert werden. Bisherige Grundsatz ist die größte möglichste Materialisierung und Monomisierung der Ausgaben. Die Emission muß eingeschränkt und schließlich gänzlich eingestellt werden. Es sollen solche Bankoperationen durchgeführt werden, die der richtigen Entfaltung der Staatswirtschaft dienen. Gleichzeitig soll das Volkskommissariat für Finanzen einen Berechnungsapparat schaffen, der die Uebersicht über die ganze wirtschaftliche Tätigkeit gewährt.

### Die Streikfrage in Sowjetrußland.

Moskau, 16. Oktober. (Rosta Wien.) Im Zusammenhange mit der Entwicklung des Privatkapitals kann sich jetzt eine Frage ergeben, wo es in einem Privatunternehmen zu einem Streik kommt. Der „Trud“, das Organ des allrussischen Gewerkschaftsverbandes, schreibt darüber folgendes: Streiks in Privatunternehmen werden nicht zu vermeiden sein und daher ist es eine äußerst wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, Streikkassen zu bilden, um eine materielle Basis zu schaffen, damit ein Streik mit Erfolg durchgeführt werden kann. Infolge der beschränkten Mittel des Staates können wir nicht darauf rechnen, daß wir einen solchen Streikfonds erlangen, ohne von den Löhnen der Arbeiter gewisse Abzüge zu machen. Die Gewerkschaften müssen sich mit dieser Frage beschäftigen, damit sie alle Ueberzeugte der Privatkapitals, die gegen die Arbeiter gerichtet sind, zurückweisen können.

### Die Politik des Volkskommissariats für Arbeit.

Moskau, 15. Oktober. (Rosta Wien.) Die neue Wirtschaftspolitik stellte das Volkskommissariat für Arbeit vor die Aufgabe, die Staatswirtschaft mit Arbeitskräften zu versehen und diese in den einzelnen Unternehmungen zweckmäßig zu verteilen. Die Hauptaufmerksamkeit der Wirtschaftsabordnung ist auf die qualitative Besserung des Arbeitsapparates durch Heranziehung höchstqualifizierter Arbeitskräfte gerichtet. Gleichzeitig wird durch die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten verbessert und die Produktivität gehoben. Da in der nächsten Zeit ein Uebergehen von Arbeitskräften in die private Industrie zu erwarten ist, arbeitet das Volkskommissariat für Arbeit entsprechende Maßnahmen aus, um die Zersplitterung der Arbeitermassen zu verhindern; und zwar sollen in nächster Zeit die Verschiebungen von Arbeitskräften nicht mehr zwangsweise erfolgen. Arbeitslosigkeit ist in nächster Zukunft, besonders unter dem Industrieproletariat, nicht zu erwarten, während massenhafte Arbeiterversicherungen gegen Erkrankung der Arbeitslosigkeit im Hungerjahre infolge der vorzüglichen besseren Verhältnisse nunmehr aufgehoben sind. Das Kommissariat für Arbeit gab die außerordentlich wichtige Aufgabe, die Arbeitslosen in den Hungergebieten rationell zu organisieren, um die für die Republik wichtigen Arbeiten, in erster Linie die Brennstoffversorgung, in Angriff nehmen zu können. Die neue Wirtschaftslage verlangt dem Volkskommissariat besondere Wachsamkeit, weshalb es nicht vorteilhaft erscheint, seine Funktionen den Gewerkschaften zu überlassen. Eine großzügige planliche gesetzmäßige Regulierung des Arbeitsmarktes, die Notwendigkeit der Schaffung von festen Arbeitsmassen in der Staatswirtschaft, planmäßige Heranziehung der Demarmosen zu regelmäßigen Arbeitsleistungen für den Staat macht die Schaffung eines mächtigen staatlichen Arbeitsregulators notwendig. Das Volkskommissariat für Arbeit hält einen intimen Kontakt mit den Gewerkschaften für notwendig, die zu diesem Zweck in den Arbeiten seiner Abteilungen teilnehmen sollen. Da der teilweise wiedererstandene Arbeitsmarkt Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern möglich macht, ist die Schaffung eines Schlichtungsapparates, der aus Vertretern des Volkskommissariats und den Gewerkschaften bestehen soll, unbedingt erforderlich.

# Mitteilungen

**Die Mitgliederversammlung der AAU. findet nicht in den Musikersälen statt, sondern in der**

**Sophiensälen, Sophienstraße.**

### Groß-Berlin.

Mittwoch, den 26. Oktober, abends 7 Uhr Sitzung der **Propaganda-Obleute** in der Schule Gitschiner. In der Sitzung muß unbedingt jeder Bezirk vertreten sein.

**4. Bezirk.** Am Mittwoch, den 26. Oktober, abends 7 Uhr, findet in der Schulaula, Dieterstraße Grenzstraße eine Bezirksmitglieder-Versammlung der Allgemeinen Arbeiter-Union statt.

Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Die Bezirksleitung.

**13. Bezirk.** Dienstag, den 25. Oktober, abends 6 Uhr Mitgliederversammlung für Nahrungsmittel-Gewerbe, Chausseestraße 13. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen notwendig.

### KPD. Hamburg-Altona.

**Altona.** Dienstag, den 25. Oktober, abends 7 Uhr bei Brandt, Große Bergstraße 136. Tagesordnung: Massenpartei oder Sekte?

**Barmbek.** Dienstag, den 25. Oktober, abends 7 Uhr bei Ohlmer, Ecke Hamburger und Fehlerstraße. Tagesordnung: Die wirtschaftspolitische Lage.

**Hammerbrook.** Dienstag, den 25. Oktober, bei Kienke, Wendenstraße 45. Tagesordnung: Die Erwerbslosenfrage.

**Wandsbek.** Freitag, den 28. Oktober, abends 7½ Uhr bei Bötcher, Kampstraße 94. Alles muß erscheinen!

**Achtung!**

Folgende Mitgliedsbücher der KPD. von Hamburg werden hiermit für ungültig erklärt: Beruf. Leg. Hamburg-Nikendorf, und Beruf. Meyer, geb. 9 Oktober 1883. Beide Bücher sind unterschlagen. Es wurde jedoch noch nicht nachgewiesen, daß andere Sachen von der sozialdemokratischen Polizei Hamburgs beschlagnahmt worden war. Vorsicht ist also geboten.

KPD. Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: A. Stern, Berlin. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Hoffer, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

Nr. 241 Preis 50 Pf.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheck. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 49020; für auswärts: Berlin NW 7 Nr. 105003. — Bezugspreis unter Streifband: für Berlin 5,50, nach auswärts 6,—, und dem Ausland 8,— monatlich

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

## Tanzt ihr Polen, tanzt ihr Deutsche!

Das deutsche „Volk“ hat wieder einmal keine Regierung. Die Regierung der „Mitte“ ist zurückgetreten. Den Anlaß gab die oberschlesische „Frage“. Bei dem ehemaligen Sattlergesellen Ebert gibt sich die Konterrevolution jeden Tag ein Stelldichein von wegen der „Lösung“ der Krise.

Die Demokraten wollen nicht ohne die Deutsche Volkspartei. Das Zentrum nicht ohne die Demokraten und Mehrheitssozialdemokraten. Die Mehrheitssozialisten nicht mit der Volkspartei, wenn nicht die USP. dabei ist. Man könnte beliebig so fortfahren, wenn es sich wirklich um weiter nichts handeln würde.

Doch darum geht es gar nicht. Für die Gruben- und Hüttenbesitzer ist es gleich, wo sie sind. Die Aktien der oberschlesischen Werke — derjenigen, die an Polen fielen — sind gewaltig gestiegen — wegen der „nationalen Bergemaßigung“. Neben dem Wiesbadener Abkommen wird bald ein solches mit England zum Abschluß gebracht sein. Was sollte einem „wirtschaftlichen“ Abkommen mit Polen im Wege stehen?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ der Schwerindustrie, hat den Kopf nicht verloren. „Neues Kaiserreich, neuer Krieg! Zwei neue Kriege, wenn mit militärischen Waffen, das Kapital weiß sehr gut, daß Konflikte unter dem Kapital verderbenbringend werden können. Der neue Krieg ist — der Arbeitskrieg. Dazu ist nötig nationale Verteidigung. Das heißt auf deutsch: Das deutsche Proletariat muß seinen Rekord, den es als internationaler Lohndrücker aufgestellt hat, von neuem überbieten. Schnallt den Hungerriemen enger, Proletarier, noch ist das letzte Loch nicht erreicht. Das deutsche Kapital erklärt das Feld der Arbeit als das Feld der „Ehre“. Das mag dem euch ein Trost sein, wenn ihr auf der Strecke bleibt.

Dies durchzuführen, ist die Aufgabe der „neuen“ Regierung. Dies kann das Kapital ebensowenig allein durchführen, als es den Krieg durchführen konnte. Dazu braucht es die Gewerkschaften. Die Frage ist eine Frage der Arbeitsstellung. Das Großkapital ist im Begriff, durch die neuen Zuchthausgesetze dem „Arbeitskrieg“ ein demokratisches Gewand umzuhängen. Diese Zuchthausgesetze sind Produkte der Zentralarbeitsgemeinschaft. Die Durchführung erfordert die brutale Diktatur des Großkapitals. Darüber sind die Gewerkschaften im klaren. Die Regierung wird aus diesem Grunde eine Regierung des Großkapitals sein. Der Streit ist nur, sollen die Gewerkschaften mit ihren parlamentarischen Zuhältern innerhalb oder außerhalb ihre „nationale Pflicht“ tun in diesem „Arbeitskrieg“. Die heutige Situation, wo auch Lord Cecil eine starke deutsche Regierung fordert, wurde von dem Referenten des ADGB. Biedermann in Hamburg angedeutet mit den Worten: „Es wird eine Zeit kommen, wo man ruft: her mit dem starken Mann, und wenn's ein General ist!“

Und die Gewerkschaften werden dazu gebraucht, mehr als bisher, um gemeinsam mit dem Kapital die hungernden, rebellierenden Proleten niederzuhalten. Die Einnahme dieser Funktionen durch das Kapital, das ist — die Demokratisierung der Verwaltung. Die KPD. erklärt, daß sie den Gewerkschaften mit ihren offiziellen Funktionären keine Gemeinschaft bereiten wird. Daß die KPD. das extra betont, ist höchst überflüssig, denn dies weiß jeder Mensch und tut nichts zur Sache, und wer nimmt wohl diese Partei ernst?

Und wenn das deutsche, das polnische Proletariat es duldet, daß dies alles mit Hilfe des Proletariats geschieht, wenn es selbst das nationalistische Feuer schürt, in dem seine Fesseln geschmiedet werden, wenn es die Handlanger des Kapitals, die Gewerkschaften, nicht zerstümmert und den Kampf aufnimmt, national und international, dann werden die auf dem „Felde der Ehre“ gebliebenen Leiber die Aktien an der Börse steigen lassen, und das internationale Kapital wird dem Proletariat zur brutalen Verlasung den Hohn singen, wird über seine Ohnmacht lachen und ausrufen: „Meine Völker müssen tanzen, wie ich ihnen aufspielt. Tanzt ihr Deutsche, tanzt ihr Polen.“

## Die Krise „gelöst“

Nach verschiedenen „Vertrauensbrüchen“, die darin bestehen, daß erstens die Presse der Deutschen Volkspartei einen Bericht veröffentlicht, dessen Richtigkeit ausdrücklich von der SPD. die diesen „Vertrauensbruch“ festnagelte, bestätigt wird, ferner daß die „Freiheit“ schreibt, die USP. hätte der KPD., die eine „sozialistische Regierung“ haben wollte, die sie sonst unterstützen, aber der sie nicht beitreten wollte, den Stuhl vor die Tür gesetzt, scheint kein anderer Ausweg möglich, als das man Wirth wiederholt.

WTB. meldet: Der Reichskanzler erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Der Reichskanzler hat, nachdem er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regierung angenommen hat, die Besprechungen mit Mitgliedern der bisherigen Kabinetts aufgenommen. Zu einer Besprechung der Lage hat der Reichskanzler auch den Reichstagsabgeordneten Dr. Helfferich für heute gebeten. Es ist damit zu rechnen, daß die Bildung des neuen Kabinetts im Laufe des heutigen Vormittags gelingen kann, so daß es sich dem Reichstag, der heute mittag um 12 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammentritt, wird vorstellen können.

Wer den Anstoß zur Behebung der Krise gab, zeigt folgende Meldung:

Gestern fand auch in Berlin eine Sitzung von Vertretern der bürgerlichen Großindustrie statt, in der sich, wie wir hören, eine starke Erregung über die unsichere Lage der Reichsregierungskrise und der Wunsch nach ihrer raschen Beseitigung geltend machte. Es wurde hier mit großer Entschiedenheit, in Gegensatz zu der bisherigen Haltung der Deutschen Volkspartei, die Ansicht vertreten, daß die Entscheidung einer Nachfolgerkandidatur zum Chef der bisherigen Interessen im abgetretenen Teil Oberschlesien unbedingt erfolgen müsse. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Stellungnahme der Industrievertreter auf die Deutsche Volkspartei einen starken Eindruck gemacht hat.

Durch die Einbeziehung Dr. Heinzes von der Deutschen Volkspartei in die Regierung ist die „große Koalition“ Teichs und somit auch die uneingeschränkte Herrschaft des Großkapitals, das die bisher dem „zeitgiftigen“ Augenblick auf einer „zeitigen“ verzagt haben will. Die oberschlesischen Werte haben an der Börse nämlich Kursgewinne erzielt.

## Genf gegen den Achtstundentag — für den „Wiederaufbau“

Die 3. internationale Arbeitskonferenz ist am 26. Oktober in Genf eröffnet worden. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des französischen Delegierten Fontaine hielt der schweizerische Bundespräsident Schultheß eine bemerkenswerte Rede, in der er die Zusammenhänge zwischen den Sozialreformen und der schweren wirtschaftlichen Krisis untersuchte.

Präsident Schultheß betonte, daß die Wirtschaftskrisis, die eine ernste Zukunft befürchten lasse, von größtem Einfluß auf alle Bestrebungen der Sozialreformen sein müsse. Angesichts der heutigen ernsten Lage müssen die Fragen des Arbeiterschutzes in die zweite Reihe treten, und die Hauptaufgabe aller Regierungen und aller wirtschaftlichen Kräfte müsse jetzt darin bestehen, die Produktion zu heben, womit auch den Interessen der Arbeiter am besten gedient werde. Wenn auch die Einführung des Achtstundentages nicht die einzige Ursache der gegenwärtigen Krisis sei, so müsse man doch sagen, daß alle Maßnahmen, die trotz der Verschiedenheit der Bedingungen für alle Länder gleiche Arbeitsbedingungen aufstellen wollen, die Lage nur noch verschlimmern könnten.

Die brutalste Ausbeutung und ihre Sicherung sind das Mittel des Wiederaufbaues, der „Ueberwindung der Krise“. Daß die „Einführung“ des Achtstundentages für alle Klassenfeinde des Proletariats die Bedeutung hat wie die Erinnerung an eine verlorene Schlacht für Nationalisten, ist schwer zu glauben. Das internationale Arbeitsamt und alle sonstigen gewerkschaftlichen Organisationen sind für die Kapitalisten alles Länder aber die besten Mittel, dem Proletariat „die Zusammenhänge zwischen Sozialreform und wirtschaftlicher Krisis“ genügend deutlich vorzudemonstrieren.

An alle Ortsgruppen der KPD. im Reich und an alle Abonnenten der „KAZ.“

Die „KAZ.“ wird mit der heutigen Nummer nur noch durch den Verlag der KPD., Berlin NO, Landsberger Straße 6, verschieden.

Wir bitten alle Ortsgruppen bis zum 31. Oktober an obige Adresse die Anzahl der benötigten Exemplare anzugeben. Bestellungen bis dahin nur an den Verlag.

Neue Zeit Kunze, Berlin NO 7, Nr. 20 000 eingegangen.

## Zur Taktik der Partei

IV.

Wir sahen die Voraussetzungen, wenigstens die wichtigsten, die erfüllt werden mußten, wenn der Kapitalismus noch einmal gerettet werden sollte. Die Internationalisierung der Valuta als Grundlage für die immer weitergreifende internationale Finanzverflechtung der Produktion ist eine Tendenz, der das Proletariat sich nicht hindernd in den Weg werfen kann; denn sie liegt auf dem Wege zur Zukunft. Daß die hochkapitalistische Wirtschaft in den engen Grenzen der Nationalstaaten nicht mehr weiterleben kann, so wenig wie die frühkapitalistische Wirtschaft gedeihen konnte, solange es noch Zollgrenzen zwischen allen deutschen Vaterländern gab, haben wir gezeigt. Mag nun der Kapitalismus, wie wir glauben, an der Aufgabe, die nationalen Grenzen auszumerzen, scheitern, oder mag sie ihm sogar gelingen; jedenfalls ist auch dies eine Tendenz der Zukunft, und das Proletariat kann nicht dagegen ankämpfen.

Aber freilich: der Internationalismus der USP., der seine ganze Aufgabe darin sieht, die internationalen Kapitalsgruppen gegen ihre national begrenzt gebliebenen Konkurrenten zu stützen, ist so gut Verrat an den proletarischen Interessen wie der unverhüllte Nationalismus der SPD. Denn erstens ist dieses Gerede von Verständigung und Verbrüderung mit allen Arbeitern eines Volkes unmittelbar verknüpft mit allen Illusionen der Gründungstendenzen überhaupt, mit aller Scheu vor Kampf, aller Feigheit, allem Pazifismus überhaupt. Wer die internationalen Kapitalisten immerfort zur Verständigung hetzt, kann auch im Klassenkampf nichts anderes, als den wehrlosen Lämmern immerfort die Verständigung mit den Wölfen zu predigen. Die ganze Geschichte der USP. hat es uns gezeigt. Zweitens aber ist überhaupt die Periode endgültig vorbei, wo man das Interesse des Proletariats darin erblicken konnte, im Bündnis mit irgendwelcher fortschrittlichen Kapitalsgruppen die reaktionären Kapitalsgruppen zu bekämpfen. Denn das gesamte kapitalistische System ist heute reaktionär, d. h. es dient nicht mehr der Entfaltung der Produktionskräfte, sondern ihrer fortschreitenden Zerstörung, es kann die Arbeitskraft nicht mehr reproduzieren, kann nur noch immer wachsende Teile von ihr dem Verderben preisgeben. Das im Kapitalismus noch an fortschrittlichen Tendenzen steckt, z. B. die Internationalisierung, kann sich nur auswirken, indem sich gleichzeitig die mörderischen Tendenzen der heutigen Epoche des Kapitals auswirken. Die Zeit der Bündnisse der Arbeiterklasse mit einzelnen Fraktionen des Bürgertums ist vorbei, mit der Weltwirtschaft in das Stadium des revolutionären Zerfalls getreten ist, in dem die Arbeiterklasse nur noch auf sich selbst stehen, sich selbst retten kann.

Die Arbeiterklasse hat kein Interesse mehr daran, dem Kapitalismus bei der Ueberwindung der ihn zerreißenden Widersprüche zu helfen. Dem Internationalismus des Handelskapitals, dem jetzt auch der Internationalismus großer Teile des Industriekapitals nachfolgt, muß sie ihren eigenen Internationalismus entgegenstellen. Nicht daß Kriege überhaupt verhindert werden, ist heute ihr Interesse, sondern daß sie, die Arbeiterklasse, es ist, die Kriege verhindert, solange bis sie selbst den revolutionären Krieg proletarischer gegen kapitalistische Staaten führt.

Dem Internationalismus des Kapitals, der sich gegen das Proletariat wendet, des proletarischen Internationalismus als Kampfmaße gegen das Kapital gegenüberzustellen, ist eine der ersten taktischen Aufgaben einer proletarischen Partei. Diese Aufgabe ist bisher niemals in ihrem vollen konkreten Inhalt begriffen worden. Noch allem, sozialdemokratischen Muster hat man sich dieser Aufgabe bisher viel zu sehr als einer Zukunftsaufgabe gedacht und gar nicht als eine Aufgabe der Proleten selbst. Die Delegierten kamen von Zeit zu Zeit zu internationalen Kongressen zusammen, berichteten zu Hause wieder, und damit glaubte man genug getan zu haben. Einen Schritt weiter, aber in derselben Richtung, ging die Moskauer Internationale. Sie versuchte eine einheitliche taktischtatsächliche Partei mit einer einzigen zentralen Leitung zu schaffen. An die Arbeiter selbst hat sie, wie in allen Bundesen, auch hier nicht gedacht.

Eine proletarische Partei, die heute, auf Grund der gegebenen Bedingungen, für die Zukunft, für die Revolution arbeitet, kann gerade die einheitliche Politik im internationalen Maßstab nicht vermissen, muß sie vielmehr aufs konzentrierte ausbauen, aber sie muß daraus so rasch als irgend möglich eine Angelegenheit der Arbeiter selbst machen. Praktisch heißt das: die internationale Politik muß immer in breitesten Rahmen der Sympathiekundgebungen behandelt werden, die politischen und wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus müssen den Nichtkapitalisten wieder so beigebracht werden,